

Die Linke

**Bezirksvertretung
Innenstadt / BV1**

**Bilanz &
2020-2025
Ausblick**





Zum Geleit...

Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart verstehen. Wer die Gegenwart verstehen will, muss die Vergangenheit kennen. Das sind zugegebenermaßen Binsenweisheiten, die sich in die Gleichung „Um zu wissen, wo man hin will, muss man wissen, wo man herkommt“ verdichten lassen.

Die hier vorgelegte Broschüre versammelt die Protokollnotizen aus 35 Sitzungen, Onlinebeiträge und veröffentlichte Artikel in der Fraktionszeitung der Kölner Linken in der nun zu Ende gegangenen Bezirksperiode. Das ist ein bisschen interessant, ausreichend humoristisch aufgepeppt und vorbehaltlich möglicher Irrtümer und Auslassungen zusammengestellt – salvo errore et omissione.

Mittels bunter Mehrheiten in der Bezirksvertretung Innenstadt haben wir auch im vergangenen Jahrfünft weitreichende wie wegweisende Beschlüsse gefasst, die geeignet waren, progressive und visionäre Impulse in die Gesamtstadt zu senden. Wohlwissend, dass die mächtigen Fachausschüsse und die wenig fortschrittliche grün-schwarze Ratsmehrheit diese i.d.R. wieder kassieren würden. Dennoch haben wir innerhalb der bescheidenen Spielräume, die uns die Gemeindeordnung des Landes NRW und die Hauptsatzung des Rates ermöglicht haben, wo es irgend ging, Akzente gesetzt. Immer im Interesse der 128.000 Bewohner*innen der viel zu engen 16,4 Quadratkilometer Innenstadt.

Unser Dank gilt all jenen, die uns auf unserem Weg begleitet und zumeist bestmöglich unterstützt haben: Das Bürgeramt mit ihrem Leiter und der Bezirksbürgermeister inklusive Sekretariat, die Geschäfts- und Protokollführung der BV, all die städtischen



Mitarbeiter*innen und Dienststellen, die wir mitunter ordentlich auf Trab gehalten haben. Wir bedanken uns bei unseren geschätzten Kolleg*innen aus der Bezirksvertretung, bei den Sachkundigen aus den Ausschüssen und Gremien, bei den Genoss*innen aus Ratsfraktion, Kreis- und Ortsverband. Danke an die Verbände, Initiativen und Gruppierungen, an die Bürger*innen mit ihren Anregungen und Beschwerden, an die Technik und all die anderen, die in dieser Aufzählung ausgelassen wurden.

Bisweilen viel Spaß mit unserer kleinen Chronologie.



Michael Scheffer
michael.scheffer@stadt-koeln.de

Manfred Müller
(MdBV 2015 - 2022)



Gunda Wienke
(MdBV 2022 - 2024)



Hubert Alfien
(MdBV 2024 - 2025)





12.11.2020

Ein Hauch von Geschichte umwehte den altherwürdigen Ratssaal der Stadt Köln, in welchen sich die Bezirksvertreter*innen nebst zahlreichen Gästen zur **konstituierenden Sitzung** der neuen Bezirksperiode eingefunden haben. Nach alter Väter Sitte, bzw. den Vorgaben von Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit der Hauptsatzung des Rates, obliegt es dem ältesten Mitglied des Gremiums, diese zu eröffnen. Die unerwartete Ehre kam Manfred Müller zuteil, der den Altersvorsitz souverän zu meistern wusste. Es galt Stimmzähler*innen und Schriftführung zu benennen, den Bezirksbürgermeister und seine Stellvertreter*innen zu wählen und diese in ihr hoheitliches Amt einzuführen. Bevor Manfred die ihm auferlegten Formalia abarbeitete, gemahnte er an das gemeinsame Bekenntnis der BV1, den Wahlkampf mit der Zielsetzung zu führen, dass keine Rechtsradikalen in die politischen Gremien einziehen sollten. Mindestens für die Innenstadt sei es gelungen, dieses Zeichen gegen Spaltung und für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen. Er rief dazu auf, für die Vertretung der Interessen der 130.000 Einwohner*innen zu ringen und demokratisch zu streiten. Abschließend tat er kund: „Meine Aufgabe als Alterspräsident ist damit erfüllt. Als Marxist sage ich natürlich nicht „Gott sei Dank“, als Kölner schon...“ Sichtlich gerührt bedankte sich der neu gewählte Andreas Hupke für die sachliche wie kollegiale Sitzungsleitung. Er kündigte alsdann die Fortsetzung der offenen Mehrheiten an und betonte die Konzentration auf die Stärkung der Bezirke, in denen bekanntlich die Demokratie beginnt.

10.12.2020

„Die Ehrenstraße, als gut besuchte Einkaufsstraße mit hoher städtischer Erlebnisqualität, hat mehr Aufenthaltsqualität verdient.“ So die kurze knackige Begründung des Antrags der Fraktion DEINE FREUNDE, den die Bezirksvertretung



im Juli 2016 mit großer Mehrheit beschlossen hatte. Die Parkplätze sollten entfernt und der frei gewordene Raum der Aufenthaltsfläche für Fußgänger*innen zugeschlagen und mit Sitzgelegenheiten versehen werden. So weit, so gut. Aber umgesetzt wurde der Beschluss bis heute nicht. Wohl weniger aus Überzeugung, sondern aus Infektionsschutzgründen wurden die Parkplätze schließlich im Sommer 2020 abgepollert, die Stadt hatte die Straße wegen akuter Überfüllung zuvor mehrfach sperren müssen. So kann es gehen. Jetzt ist es Zeit, den nächsten Schritt zu machen: Um Sicherheit und Aufenthaltsqualität deutlich und nachhaltig zu erhöhen, haben wir beschlossen die **Ehrenstraße komplett autofrei** zu machen. Auch das letzte befahrbare Stück der Breite Straße östlich des Willy-Millowitsch-Platzes soll fortan nicht mehr durchfahren werden, so dass eine durchgängige verkehrsberuhigte Zone von der Friesenstraße bis in die Altstadt entsteht. So soll ein durchgängig erfahrbarer autofreier Raum entstehen, wobei Liefer- und Ladezonen in angemessener Form frei zu halten sind. Das ist ja klar. Auch die Durchfahrt für größere Lieferfahrzeuge, Müllabfuhr oder Tourbusse ist zu gewährleisten. Ferner ist ein Modellversuch zu entwickeln, das Anwohner*innenparken in Quartiersgaragen bzw. die zahlreichen Parkhäuser in unmittelbarer Nachbarschaft zu verlagern. Ein Gestaltungswettbewerb soll folgen, dann Bäume, Beete, Bänke! Der Antrag stellt im Übrigen eine Premiere dar, wurde er doch gemeinsam von LINKEN, Klimafreunden, Die PARTEI und den Grünen eingebracht, die hier federführend waren.

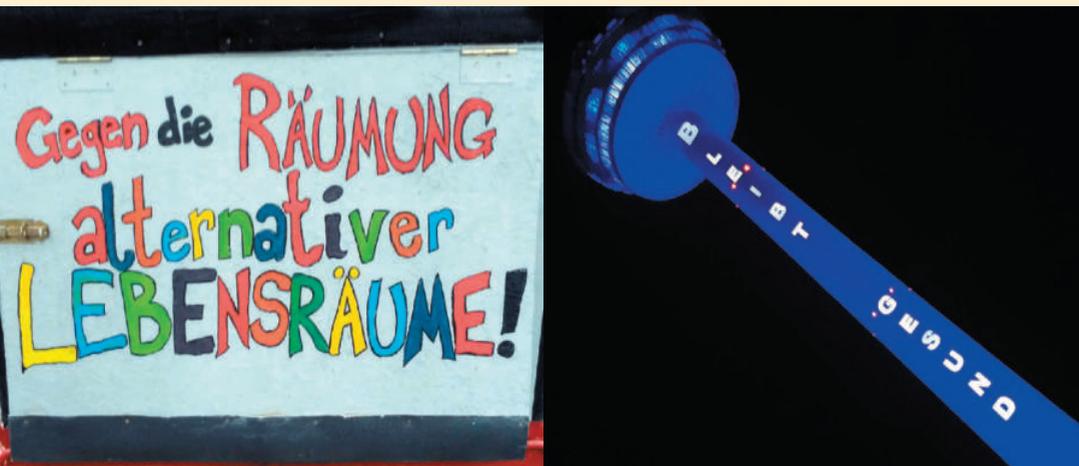
Bereits vor zwei Jahren hat sich die Bezirksvertretung mal nach dem Sachstand Ehrenstraße erkundigt und freundlich angefragt, wann mit der Umsetzung des 2016er Antrags zu rechnen sei. Die Anfrage steht derzeit immer noch unbeantwortet im Raum, bzw. Ratsinformationssystem und harrt der Beantwortung. Und sie harrt nicht allein. Tatsächlich gibt es Unmengen an nicht umgesetzten Beschlüssen, wofür



es im Einzelfall sicherlich immer gute Gründe gibt. Wir hielten es für angebracht, zum Einstieg in die neue Bezirksperiode mal eine Übersicht über die mehrheitlichen Beschlüsse der jüngeren Vergangenheit anzuregen und haben beantragt, den Umsetzungsstand zu erfassen und vorzulegen. So muss man nämlich nicht das Rad ständig neu erfinden und kann sich orientieren an dem, was schon da ist (oder schon da sein sollte). Ob Stadtentwicklung und Liegenschaften, Stadtplanung und Stadtraummanagement, Landschaftspflege und Grünflächen, Straßen und Verkehrsentwicklung, Verkehrsmanagement und öffentliche Ordnung – kaum eine städtische Dienststelle war in den vergangenen sechs Jahren nicht mittelbar oder unmittelbar mit der Umsetzung der politischen Willensbildung der Bezirksvertretung befasst. Gemäß der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hat die Oberbürgermeisterin der Bezirksvertretung einmal jährlich über den **Sachstand ihrer Beschlüsse**, soweit diese Beschlüsse auf Anträge der Bezirksvertretung zurückzuführen sind, zu berichten. Das hat auch ein bisschen was mit Anerkennung und Wertschätzung zu tun. Deswegen bedanken wir uns herzlichst bei der Geschäftsführung der BV Innenstadt, die prompt einen umfangreichen Jahresbericht vorgelegt hat. So kann man arbeiten:-)

21.1.2021

Die pandemische Gesamtlage ist unvermindert schlecht. Angesichts der anhaltenden Appelle, soziale Kontakte reduziert zu halten und, wenn möglich, zu Hause zu bleiben, stellen sich auch die kommunalen Gremien die Frage, ob und wie sie ihre Sitzungen abhalten können. Insgesamt gilt der eindringliche Appell, bei Präsenz-Sitzungen auf eine kurze Sitzungsdauer hinzuwirken, neu ist allerdings die Vorgabe, nur Vorlagen und Anträge zu behandeln, die „rechtlich oder tatsächlich unaufschiebbar“ sind. Hintergrund sind kommunal-verfassungsrechtliche Hinweise



zu aktuellen Verfahren und Vorgehensweisen für den Verlauf der Corona-Epidemie, die das Innenministerium am 11. Januar erlassen hat. Natürlich dienen die Sitzungen kommunaler Gremien der Ausübung und dem Erhalt der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Aber maßvoll sollte es sein. Die heutige Sitzung dauerte exakt 15 Minuten. Weltrekord. Mehr gibt's nicht zu sagen.

11.3.2021

Nur ein Jahr nachdem die BV1 erstmals über neue **Verkehrsführungen im Bereich der Straße Eigelstein** befunden hatte, nimmt die Angelegenheit Fahrt auf. Um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und die Situation für Rad- und Fußgängerverkehr zu verbessern, das Verkehrsaufkommen insgesamt zu reduzieren und eine städtebauliche Aufwertung zu erzielen, werden konkrete Umgestaltungen vorgenommen. Nachdem die Stadt Ende Dezember im Rahmen einer Bürgerinformationsversammlung eine vertiefte Planung vorgelegt und diskutiert hat, stand im Januar noch ein Fachgespräch mit Politik, Seniorenvertretung, diversen Verbänden für Rad- und Fußverkehr, dem Bürgerverein, dem Ordnungsamt, dem Fahrradbeauftragten sowie der Vertreterin eines Verbandes für Blinde und Sehbehinderte an. Letztere wies beharrlich darauf hin, dass bei der zu beschließenden Umwandlung des Eigelsteins in eine Fahrradstraße (mit gedrosselter Höchstgeschwindigkeit von 20 Km/h) die Barrierefreiheit ausreichend zu gewährleisten sei. Tatsächlich brauchen insbesondere Hörgeschädigte und Menschen mit Sehbehinderung eine sichere Abgrenzung gegen den fließenden Verkehr – auch wenn dieser „nur“ auf zwei Rädern daherkommt. Spitzfindig wie die Verkehrsplanung mitunter argumentiert, wurde darauf hingewiesen, dass die Ausrüstung mit taktilen Leitelementen im Regelfall dann erfolgt, wenn eine Straße umgebaut wird. Bei der beschlossenen Maßnahme handele es sich aber lediglich um eine Umnutzung und keine bauliche



Anpassung des Straßenraums. Es ist unserer beherzten Intervention – sowie einem gemeinsamen Änderungsantrag – zu verdanken, dass die Beschlussfassung hier kurzfristig um eine wichtige Passage ergänzt wurde: „Darüber hinaus beauftragt die Bezirksvertretung Innenstadt die Verwaltung mit der Planung einer behindertengerechten Ausstattung der Straße Eigelstein in Abstimmung mit Vertreter*innen von Blinden und Sehbeeinträchtigten.“

22.4.2021

„Wir haben die von Ihnen formulierte Kritik vernommen, halten Sie aber inhaltlich wie formal für unangebracht.“ So endet der offene Brief, den die Bezirksvertreter*innen der Innenstadt an den Kölner Bundestagsabgeordneten Karsten Möring (CDU) adressiert haben. Möring hatte sich in der vergangenen Woche in einem ebenfalls offenen Brief an den Bezirksbürgermeister gewandt und die BV-Beschlüsse der letzten Sitzung harsch kritisiert.

Konkret geht es um verschiedene verkehrsberuhigende Maßnahmen, in deren Mittelpunkt die autofreie **Umgestaltung der Ehrenstraße** steht. Diese bildet das Bindeglied zwischen der Breite Straße und den Ringen und hat „als gut besuchte Einkaufsstraße mit hoher städtischer Erlebnisqualität mehr Aufenthaltsqualität verdient“. So steht es in einem Beschluss, den die Bezirksvertretung bereits im Juli 2016 gefasst hat. Tatsächlich gibt es schon seit Anfang der neunziger Jahre Bemühungen, die Situation vor Ort zu verbessern. Zuletzt musste die Straße im vergangenen Sommer wegen akuter Überfüllung aus Infektionsschutzgründen zweimal gesperrt werden – da ist Handlungsbedarf angesagt.

Wir gehen davon aus, dass die von uns gewünschten Maßnahmen nicht nur Lebens-



Nutzungen zugeführt wurden. Als besterhaltenes Fort der inneren Fortkette gilt das **Fort X am Neusser Wall**, das heute in eine knapp 100 Hektar große Grünanlage eingebettet liegt. Rosengarten inklusive. Allerdings nagt der Zahn der Zeit am Gemäuer, weshalb der Rat der Stadt Köln im Juni 2016 einen umfassenden Sanierungsbeschluss gefasst hat. Aus Gründen der Substanzerhaltung und zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit besteht akuter Handlungsbedarf. Passiert ist fünf Jahre lang - nichts.

Bis die Liegenschaftsverwaltung nun mit dem Vorschlag aufwartete, die Anlage einem bekannten Nippeser Karnevalsverein per Anhandvergabe zu überlassen. Damit wäre die Stadt aus dem Schneider, würde sie doch die lästigen Sanierungsmaßnahmen – zu denen sie eigentlich rechtlich verpflichtet ist – dem neuen Nutzer überlassen können. Dessen Pläne sorgten in der Bezirksvertretung Innenstadt teilweise für schieres Entsetzen, weshalb hier umgehend beschlossen wurde, dass die Stadt doch bitteschön selber mal ein Nutzungskonzept erstellen möge. Auch wurde die Verwaltung aufgefordert, den Ratbeschluss von 2016 endlich umzusetzen. Nach der Sanierung sollen die dringend benötigten Räumlichkeiten und die Freiflächen einer breiten Öffentlichkeit von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Die BV1 hat somit ein klares Zeichen gegen die überaus kritikwürdige Vergabepaxis der Kölner Liegenschaftsverwaltung gesetzt. Einstimmig. Es ist leider gute - oder schlechte - kölsche Tradition, dass Politik und Stadtverwaltung den mächtigen Karnevalsgesellschaften (Ehrengarde, Blaue Funken, Rote Funken) stets Objekte in bester Citylage übereignet haben (Severinstorburg, Ulrepforte, Hahnentor). Dass sich aber ein Verein bezirksübergreifend Zugriff auf eine prominente Lokalität verschaffen will, ist neu und ziemlich dreist.



2.9.2021

Wie verzweifelt muss man sein? Um ihr jahrelanges Versagen bei der Suche nach geeigneten Schulstandorten zu kompensieren, legt die Gebäudewirtschaft jetzt die Axt an den **Inneren Grüngürtel**. Am Venloer Wall sollen weite Teile des Außengeländes zweier städtischer Kitas bebaut werden um als Interim-Standort für verschiedene sanierungsbedürftige innenstädtische Schulen genutzt zu werden. Damit würden die Spiel- und Entfaltungsmöglichkeiten der Kita-Kinder drastisch reduziert werden. Auch die bisher vorgehaltenen Naturerfahrungen für die Jüngsten würden damit der Vergangenheit angehören, was große Teile der Elternschaft bereits kritisierten. Insbesondere die mangelnde Information und Transparenz seitens der städtischen Stellen hat für erheblichen Unmut gesorgt. Die Stadt hält diesen Standort für geeignet und alternativlos, das Gegenteil ist der Fall.

Nach Protesten von Elternbeiräten und Anwohner*innen hat sich nun die BV Innenstadt im Rahmen einer aktuellen Stunde mit dem Konflikt befasst. DIE LINKE hatte bereits im Vorfeld Fragen zu Alternativstandorten, Bebauungsplan und Umweltrückverträglichkeitsprüfungen gestellt, die allesamt ausweichend beantwortet wurden. Die Leiterin der städtischen Gebäudewirtschaft wischte in bekannt überbordender Resolutheit alle Einwände hinsichtlich sich verändernder klimatischer Bedingungen vom Tisch. Es wird gebaut – Basta. Bedrückend erscheint in dem Zusammenhang, dass das Grünflächenamt den Eingriff in den Grüngürtel „einmalig und ausnahmsweise“ mit trägt. Entscheidendes Kriterium sei die Aussicht auf mögliche Mehrfachnutzungen der Interimsbauten über die nächsten zehn Jahre. Weitere Interventionen unsererseits bezüglich der schwierigen verkehrlichen Erschließung (Elterntaxis!) und des politisch höchst umstrittenen Vergabekonstrukts an einen privaten Generaltotalunternehmer blieben unbeantwortet. Es ist eine Schande, dass



die Stadt damit durchkommt, hier verschiedene berechnigte Nutzer*innen-Interessen gegeneinander auszuspielen. Schuldezernent Voigtsberger hatte zuvor darauf hingewiesen, dass nur im „äußersten Notfall“ in die Grünflächen gegangen wird. Nun ist es soweit.

28.10.2021

Seit nunmehr anderthalb Jahren geistert die Vorlage „Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße“ durch die politischen Gremien. Im Herzen des Grüngürtels befindet sich seit 1995 auf dem asphaltierten ehemaligen Hubschrauberlandeplatz eine kleine Anlage, welche sich die Stadt seinerzeit von der Sportartikelfirma Nike hat schenken lassen. Obwohl der sogenannte Nike-Court in die Jahre gekommen ist, erfreut er sich doch großer Beliebtheit. Nicht zuletzt wegen der prominenten Lage, herrscht hier gerade in den Sommermonaten teils drangvolle Enge. Es wäre Zeit für Erneuerung und/oder Erweiterung.

Findige Verwaltungsstrategen verfielen fortan der Idee, sich neuerlich etwas schenken zu lassen: Warum städtische Mittel in die Sportentwicklung geben, wenn sich auch privates Kapital findet? Mit der aggressiv expandierenden Sportartikelfirma SNIPES SE fand sich denn auch ein willfähiger Partner, dessen Sache das Kleckern nicht ist. Klotzen ist angesagt und die vorliegenden Pläne sehen denn auch eine Verdreifachung der Spielfläche vor, dazu Tribünen und Aufbauten, Werbeflächen und Branding, die Lizenz für kommerzielle Events und exklusive Vermarktungsrechte. Weichen sollen Baum und Liegewiese – ein völlig inakzeptabler Angriff auf ein Naherholungsgebiet, der unterschrittsreif als Sponsoringvertrag zur Abstimmung steht.



Auf Drängen der BV Innenstadt lud der zuständige Beigeordnete Voigtsberger die finanz- umwelt- und sportpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen schließlich zu einem Ortstermin ein, bei dem klar wurde, dass die vorliegende Beschlussfassung niemals zustimmungsfähig sein würde. So könne man mit dem Erbe Adenauers nicht umgehen, hieß es da. Wo soll das enden, wer kommt als nächstes und was ist mit Klima? Nachdem der Umweltausschuss die Vorlage wegen der drohenden Flächenversiegelung mehrheitlich abgelehnt hatte, stimmte die BV Innenstadt am 28.10.2021 für einen Ersetzungsantrag von Grünen und LINKEN: In Abstimmung mit den Nutzer*innen solle eine maßvolle Ertüchtigung des bestehenden Platzes in städtischer Regie geprüft werden, heißt es da u.a. Somit war zumindest ein Minimal-Konsens in der Beratungsfolge, über den sich diskutieren ließ. Diese Strategie schien vor dem Hintergrund, dass die Snipes-Variante mächtige Befürworter*innen in Politik und Verwaltung hat, geboten.

Nachtrag: Nachdem der Sportausschuss auf ein Votum verzichtet hat, lehnte der Stadtrat die Beschlussvorlage am 9.11.2021 gegen SPD, FDP und AfD ab. Damit lässt es sich gut leben, denn es ist ja völlig klar, dass die Ausrichtung privater gewinnorientierter Events einen Dammbbruch im Grüngürtel dargestellt hätte. Dieser sollte den Bereichen **Hobby-, Freizeit- und Breitensport** vorbehalten bleiben; es braucht hier keine Wettkampf- oder Profilierungstätte für Professionelle.

2.12.2021

Baurecht bricht Baumrecht – so lautet die kölsche Devise, unter der ungeachtet aller klimapolitischen Veränderungen und Verlautbarungen Großprojekt um Großprojekt an den Start gebracht wird. Im zentralen Altstadtbereich soll nun die sog. **Historische**



Mitte neu entstehen – ein Joint Venture mit der katholischen Kirche, das u.a. den Neubau des Stadtmuseums als auch des Kurienhauses umfasst. Schlagzeilen machte nun die Meldung, dass die prognostizierten Baukosten wohl von 135 auf 183 Millionen Euro steigen werden – und das noch vor dem ersten Spatenstich. Auch wenn die Hohe Domkirche hier involviert ist, da liegt kein Segen drauf.

Zumal in diesem Altstadtbereich in den nächsten 10,15 Jahren mutmaßlich sowieso kaum ein Stein auf dem anderen bleiben wird: Laurenz-Carree, Dom-Hotel, Wallraf-Richartz-Museum, Jüdisches Museum, Rheinuferpromenade, Gulliver-Tunnel – hier reiht sich bereits jetzt Baustelle an Baustelle. Mit all den Zumutungen, die dies für Anwohner*innen wie auch für Tourist*innen mit sich bringt. Besser wär's, man würde erst mal etwas fertig bauen, bevor man den nächsten unkalkulierbaren Schritt macht. Für die Erkundung des Untergrunds und um technische Zuleitungen zu verlegen, soll in einem ersten Schritt die mächtige Platane am Kurt-Hackenbergs-Platz weichen. Dass dieser Baum ein imposantes wie erhaltenswertes Gewächs ist, haben wir verdeutlicht, indem wir auf den ortsbildprägenden Charakter dieses Baumes verwiesen haben. Der Fraktionsvorsitzende zitierte in dem Zusammenhang Fjodor Dostojewski, dessen Geburtstag sich wenige Tage zuvor zum zweihundertsten Male gejhrt hatte: Ich kann nicht verstehen, wie jemand an einem Baum vorbeigehen kann, ohne glücklich zu sein. Ein sehr schöner Satz, ein sehr schöner Baum... Indes wurde auch viel Positives auf den Weg gebracht: Der Beschluss über die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung für den Rathenauplatz, die Verkehrsberuhigung Friesenstraße/Friesenwall, der Verkehrsversuch zu autofreier Deutzer Freiheit, Radinfrastruktur nach Kopenhagener Modell auf der Roonstraße und der Wunsch, am Deutzer Bahnhof ein Gastarbeiter*innen-Denkmal zu errichten.



27.1.2022

Eindeutiger kann eine Beschlussfassung kaum ausfallen: „Das sogenannte Schwedenhaus wird als Gebäude erhalten und eine artverwandte gleiche Nutzung als Kindertagesstätte realisiert.“ So hat es die Bezirksvertretung Innenstadt bereits im März vergangenen Jahres einstimmig beschlossen, während die Stadtverwaltung unverhohlen den Abriss vorbereitete. In einer Vorlage zur BV-Sitzung im Januar 2022 wurden horrende, teils fragwürdige Sanierungs- und Renovierungskosten in Aussicht gestellt. Besser wäre es, man würde alles niederlegen und an der freiwerdenden Stelle einen Kinderspielplatz errichten.

Das rote **Gotlandhaus im Volksgarten** war ein Geschenk Schwedens an die notleidende Kölner Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Kinder zwischen 3 und 6 Jahren wurden hier mit warmen Mahlzeiten versorgt. Der sogenannte Schwedenkindergarten war aber auch der erste Kindergarten in Köln, der ganztägige Öffnungszeiten vorhielt und somit auch Kindern berufstätiger Eltern offenstand und Frauen überhaupt erst Erwerbsarbeit ermöglichte. Bis zu seiner Schließung im vergangenen Jahr wurde er durchgehend sozial genutzt, Generationen von Kindern sind hier aufgewachsen.

Da nunmehr mehrere Anfragen und Konzepte zu einer sozialen Weiternutzung aus der Bürgerschaft und von freien Trägern eingegangen sind, hat sich die BV Innenstadt vor ihrer Sitzung am 27.1.2022 um „fünf vor zwölf“ zu einer Kundgebung im Volksgarten versammelt. Eindringlich wurde die Verwaltung ermahnt, die Abrissbirne wieder einzupacken und dem auch stadthistorisch bedeutsamen Wert des Hauses gerecht zu werden.

Auch der Jugendhilfeausschuss hatte die Verwaltung zwei Tage zuvor einstimmig



aufgefordert, in umsetzungsorientierte Gespräche und in den Austausch mit den Initiatoren, Vereinen und der Bürgerschaft einzutreten. Demnach solle das Objekt zuzüglich Kinderspielplatz erhalten bleiben, „um dieses in Zusammenarbeit einer kreativen bürgerschaftlichen und sozio-kulturellen Nutzung zuzuführen“.

Dankbar für diese Anregung, hat die BV Innenstadt ihren Beschluss modifiziert und fordert nunmehr einstimmig neben dem Erhalt des Hauses, eine Prüfung, ob der Denkmalstatus beantragt werden könne. Weniger als Baudenkmal, sondern vielmehr als historisch bedeutsame Stätte. Diesen Stellenwert unterstrich u.a. die schwedische Generalkonsulin, die eigens für diesen Tagesordnungspunkt angereist war. Fachlich fundiert erläuterte sie den einmaligen Charakter dieser Bauten, von denen weltweit nur mehr eine Handvoll erhalten sind. Am Ende einer leidenschaftlich geführten Debatte scheint ein bisschen Bullerbü in Köln gerettet zu sein.

10.3.2022

Wie bei vielen anderen Bauprojekten, setzt die städtische Gebäudewirtschaft auch am **Grüngürtel und Venloer Wall** vermehrt auf Rodungen von Grünflächen, die als Standorte für Interims-Schulbauten identifiziert wurden. Wir hatten bereits darüber berichtet, dass die Stadt keinen besseren Standort für einen dreistöckigen Containerbau gefunden hat, als die Grünflächen hinter dem altherwürdigen Naturfreundehaus Mitte. Das Außengelände der städtischen Kindertagesstätte soll dafür auf einen Bruchteil seiner jetzigen Fläche reduziert werden, was u.a. beim Elternbeirat für erheblichen Unmut gesorgt hat. Verständlich.

Hieß es in der amtlichen Beschlussvorlage 2020 noch, dass “die Bäume nach Möglichkeit gehalten werden sollen” (AN/1121/2020), räumte die Stadt auf Anfrage der Bezirksvertretung Innenstadt im letzten Jahr die notwendige Fällung von 17



Bäumen ein. In der nun vorliegenden Mitteilung sind es inzwischen 63 Bäume, die am Grüngürtel weichen sollen. Es scheint fast so, als wären Politik und Öffentlichkeit ein bisschen getäuscht worden, um eine höchst unpopuläre Maßnahme durchführen zu können. Während 23 Bäume auf dem Kitagelände im Rahmen des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens (§64 Landesbauordnung) fallen sollen, befinden sich 38 Hainbuchen im geschützten Landschaftsbereich des Inneren Grüngürtels. Sie wären nicht mehr lebensfähig, weil der Containerbau unmittelbar Krone und Wurzelwerk bedroht. Würde man das Projekt fünf Meter kleiner dimensionieren, könnten diese erhalten bleiben.

Das Tragische in der Auseinandersetzung ist die verzweifelte Argumentation des Grünflächenamtes, wonach man „nur im äußersten Notfall an die Grünflächen“ ran gehen würde. Der Notfall ist längst eingetreten. Er nennt sich Klimanotstand und wird heute seitens Politik, Wissen- und Bürgerschaft nicht mehr ernsthaft in Zweifel gezogen. Leider werden zunehmend berechnete Interessen gegeneinander ausgespielt und insbesondere zentrale innerstädtische Flächen wecken enorme Begehrlichkeiten.

Der Standort am Venloer Wall ist für ein Projekt dieser Größenordnung schlicht ungeeignet. Da es in diesem Bereich reichlich Nist- und Brutstellen gibt, bleibt zu hoffen, dass die städtischen Stellen wenigstens die laufende Vogelschutzzeit beachten. So könnten sich die beteiligten Akteure in den nächsten Wochen besinnen und vielleicht über eine verträglichere maßvollere Lösung nachdenken. Auch wenn das dem bereits beauftragten privaten Bau-Unternehmer aus Profitabilitätsgründen nicht schmecken dürfte...



Rat, Bezirksvertretung Innenstadt und Verwaltung der Stadt Köln trauern um

Manfred Müller

* 14. April 1951 † 2. Januar 2022

Der Verstorbene war seit November 2015 bis zu seinem Tode Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt. Manfred Müller hat sich als Bezirksvertreter mit großem Engagement und Verantwortungsbewusstsein für das Wohl der Kölner Bürger*innen in seinem Stadtbezirk eingesetzt. Menschlichkeit und Offenheit für die Belange der Menschen prägten sein Wirken vor Ort.

Die Stadt Köln wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Henriette Reker
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Andreas Hupke
Bezirksbürgermeister

7.4.2022

Wir trauern um Manfred Müller, der zu Jahresbeginn nach kurzer schwerer Krankheit verstorben ist. Im stetigen Ringen um die Verbesserung der Welt und der bestehenden Verhältnisse, hat uns ein langjähriger Weggefährte verlassen. Er hatte sich gewünscht, noch einmal seinen Geburtstag mit uns zu verbringen, diesem Wunsch kamen wir mit einer würdevollen Gedenkfeier an seinem Geburtstag am 14. April nach.

1951 in der Südstadt geboren wurde er frühzeitig politisiert und blieb als originärer und origineller 68er in den darauffolgenden Jahrzehnten unermüdlich aktiv - immer auf der Seite der Benachteiligten, der Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft. Sozialpolitik sollte sein Steckenpferd werden, jedoch blieb er zeitlebens in allen relevanten Politikfeldern allumfassend informiert. So haben seine väterlichen Ratschläge in Bezug auf Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung die Arbeit in der Bezirksvertretung Innenstadt, der er seit 2015 angehörte, stets bereichert. Manfred hat nicht nur DIE LINKE mitbegründet, sondern auch die Bewegung Recht auf Stadt Köln, die Linke Erwerbslosenorganisation L.E.O. sowie die Sozialberatung in Köln u.v.m..

Er war Kreisvorstandsmitglied, Direktkandidat, Mietrechtsaktivist und Wahlkämpfer. Er war Alterspräsident der Bezirksvertretung Innenstadt und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in der BV. Er war Wahlkampfleiter der WASG und Betriebsratsvorsitzender in Frankfurt am Main, Gewerkschaftler und Naturfreund. Er war aber auch Gourmet und Gastronom, ein begnadeter Koch und ein wunderbarer Mensch. Wir sind tief betroffen und verneigen uns vor einem großen Sozialisten.



2.6.2022

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause haben wir nicht weniger als sechs gemeinsame Anträge eingebracht, insbesondere die grüne Fraktion war hier bemerkenswert fleißig. Lobend erwähnen wollen wir die Beschlüsse zur Einrichtung von Schulstraßen (entsprechend Wiener Modell), zur Neuordnung der Verkehre in Deutz, zur Errichtung eines Radfahrstreifens auf dem Gotenring, zur Öffentlichkeitsbeteiligung für die Verkehrsberuhigung am Neusser Platz und zur Interimsnutzung des Gotlandhauses.

Auch haben wir per Dringlichkeitsantrag beschlossen, dass das höchst umstrittene Bauprojekt am Venloer Wall umfassend zu dokumentieren ist. Insbesondere gilt es, den bestehenden, den zu entnehmenden und den zu erhaltenden Baumbestand systematisch zu erfassen und in Form eines Monitoring-Berichts BV1 vorzulegen. Der Hintergrund ist der, dass der Schulausschuss zwei Wochen zuvor – nur einen Tag nach den Landtagswahlen – beschlossen hat, dass am Grüngürtel gerodet werden darf um einen Interims-Schulbau zu errichten. Leider hat der Schulausschuss es auch nicht für nötig gehalten, die Beschlüsse von Bezirksvertretung Innenstadt und Ratsausschuss Bürgerbeteiligung zu übernehmen, die ausdrücklich einen Alternativstandort eingefordert hatten.

25.8.2022

Dass wir das noch erleben durften: Nach fast zwanzigjähriger Planungsphase erstrahlt das traditionsreiche **Rheinpark-Cafe** nunmehr endlich in neuem alten Glanz und wurde nach langwierigen Sanierungsarbeiten endlich wiedereröffnet. Dass die dementsprechenden Feierlichkeiten sich gleich über vier Tage erstreckten, scheint nur konsequent. Die Renovierung, die 2015 schließlich begann, erwies sich als



äußerst kompliziert und musste städtischerseits immer wieder bezuschusst werden, was zwischenzeitlich für erheblichen Unmut in Politik und Verwaltung gesorgt hatte. Insbesondere Bezirksvertretung, Sozial- und Wirtschaftsausschuss wurden hier nervlich strapaziert, übten sich schlussendlich in Geduld.

Das Gebäude und auch die Farbgestaltung entsprechen nach der Sanierung nahezu vollständig dem Erscheinungsbild von vor 65 Jahren. Auch die Innen- und Außeneinrichtung hat der Betreiber bewusst im Stil der 1950er-Jahre gehalten. Und das war eben auch die Crux: Mit Argusaugen hat Chrysanth von Steinbüchel-Rheinwall die Sanierung beobachtet und die Bauplanung über Jahre mit restriktiven denkmalpflegerischen Auflagen vor immer neue Herausforderungen gestellt, bisweilen schien der Abbruch des Projekts unvermeidbar. Der Architekt wachte somit über das Erbe seines Vaters Rambald von Steinbüchel-Rheinwall, der das Cafe 1957 fertigstellte und in welchem die seinerzeitige Bundesgartenschau durch Konrad Adenauer eröffnet wurde. Da schließt sich der Kreis und diese kleine Geschichte, deren einziger Sinn und Zweck es war, diese beiden gewaltigen Architekten-Namen zu dokumentieren, findet zu einem versöhnlichen Ende.

26.9.2022

„Wie breit ein **Gehweg auf der Aachener Straße** wird, ist doch Kinderkram – Strom und Gas werden gerade viermal teurer, das ist ein echtes Problem“. So lautet die lakonische, wenig diplomatische Einschätzung von Konrad Adenauer zum Streit über die Neu-Aufteilung des öffentlichen Raums, nachdem der Radverkehr vor wenigen Wochen auf die Straße verlegt wurde. Durch den nun erfolgten Rückbau des Fahrradweges, sollten die neu gewonnenen zwei Meter zwischen Brabanter und Brüsseler Straße eigentlich dem Fußverkehr zugeschlagen werden.



Nach heftiger Intervention der ansässigen Gastronomen, die ihrerseits mehr Außenfläche beanspruchten, folgten Aktuelle Stunde in der BV Innenstadt, Ortstermin und Sondersitzung. In diese hat DIE LINKE gemeinsam mit dem Vertreter der Klimafreunde einen Antrag eingebracht, der im wahrsten Sinne des Wortes einen für alle gangbaren Kompromiss darstellt: Den Empfehlungen zu Barrierefreiheit, der Straßenverkehrsordnung und dem Fußverkehrsbeauftragten folgend, solle ein fassadenseitiger Gehweg von mindestens 3,3 Meter Breite eingerichtet werden. Anschließend ist Außengastronomie in einer Breite von 2,5 Meter zu genehmigen, immerhin ein halber Meter mehr, als bislang. Somit verbleibt ein weiterer halber Meter, der zukünftig als Sicherheitsabstand zur Liefer- und Ladezone an der Straße einzurichten – und einzuhalten – ist.

Obwohl demnach alle Beteiligten etwas hinzugewonnen hätten, machten einige Gastronomen keinen Hehl aus ihrer Ablehnung der Neu-Aufteilung, fühlten sich nachgerade benachteiligt. Sicherlich erhoffte sich der eine oder andere konkrete Umsatzsteigerungen durch die weitere Aufstellung von Tischreihen, aber das kann nicht das primäre Ziel von Politik sein. Vielmehr sind die unterschiedlichen Belange, die den öffentlichen Raum betreffen, abzuwägen und in ein vernünftiges und vertretbares Verhältnis zu setzen. Dies ist in diesem Falle nur zum Teil gelungen, da die Mehrheit der BV einem Antrag von Grünen und SPD gefolgt sind, der die Ausweitung der Gastronomiezone auf zukünftig 2,8 Meter vorsieht.

27.10.2022

Das war dann mal weg: Nur einen Tag bevor das Auktionshaus Lempertz vier **historische Rathausteppe** zwecks Versteigerung feilbieten konnte, versuchte die BV Innenstadt durch Dringlichkeitsentscheid zu intervenieren. Vergeblich. Die



Oberbürgermeisterin hatte die Objekte ohne Vorbefassung durch die politischen Gremien zum Verkauf freigegeben. In der deutschen Sprache gibt es dafür den wunderbaren Begriff „Gutdünken“. Die Teppiche sind Anfang der sechziger Jahre von der Stadt Köln erworben worden, um die Empfangs- und Repräsentationsräume im teilweise neubauten und rekonstruierten Historischen Rathaus der Stadt Köln zu schmücken. Der größte davon lag im Hansasaal – 14 Meter lang und 6,25 Meter breit – geknüpft unter großem Aufwand im Nord-Iran der vierziger Jahre. Der Versteigerungskatalog kennzeichnet den Perser als „durchgemustert mit dichtem Blütendekor über Kartuschen auf hellrotem Grund. Flecken, geringer Substanzverlust in einer Knickfalte“. Unerwähnt bleibt hier der immense ideelle Wert. Immerhin überschritten den Empfangsläufer seinerzeit die berühmtesten Besucher*innen der Stadt: Kanzler Adenauer und Oberbürgermeister Burauen empfingen auf diesem Teppich den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, die Königin von England nebst Gemahl, dem Duke of Edinburgh und zahlreiche weitere illustre Gäste. Sie sind somit „unverzichtbarer und originärer Teil der Gesamtkonzeption der Repräsentations- und Empfangsräume des Historischen Rathauses und verkörpern die Positionierung und den Anspruch Köln und seiner Bürgerschaft als aufstrebende und internationale Großstadt des Wirtschaftswunders und damit Teil des zeitgeschichtlichen Diskurses“. So lautet die unmissverständliche Einschätzung der BV Innenstadt, die darauf drängte, von jeder Veräußerung abzusehen, die Versteigerungsaufträge unverzüglich ersatzlos zurück zu nehmen und die vier Teppiche in den städtischen Besitz zurückzuführen. Oder, wie es Jeff Bridges bereits 1998 im Film-Klassiker „The Big Lebowski“ beklagte: „Du verstehst das nicht, der Teppich hat die Wohnung erst richtig gemütlich gemacht...“

1.12.2022

Lösungsansätze

- Kein Zweirichtungsv. vor Schule
- Durchfahrt Alte Wallgasse beibehalten
- Parkhauserschließung verbessern
- Zufahrt aus Norden über W.-Millowitsch-Platz einrichten
- Drehung Große Brinkgasse
- Ausfahrt Richtung Norden + Osten verbessern
- Zweirichtungsverkehr Wolfsstraße (ganz oder ab Parkhausausfahrt)



Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung



Das Klima wird rauer, die Tage werden kürzer, die Probleme eher länger. Derzeit läuft beispielsweise der Verkehrsversuch zur **autofreien Deutzer Freiheit** ziemlich aus dem Ruder. Beschlossen im Dezember 2021 und im Rahmen eines großen Kulturfests im Sommer gestartet, bleiben die erhofften positiven Effekte hinter den Erwartungen zurück. Im Rahmen der temporären Sperrung für den KfZ-Verkehr sollten sich Aufenthaltsqualität und nachbarschaftliche Aktivitäten erhöhen. Bessere Luft, verminderte Lärmbelastung, Unfallreduzierungen und eine Belebung des örtlichen Einzelhandels waren und sind Ziele des Projekts, das maßgeblich von einer örtlichen Bürgerinitiative ins Leben gerufen wurde. Das hat auch anfangs recht gut funktioniert, inzwischen aber hat die Stadt die temporäre Straßenmöblierung (sog. Stadterrassen) wieder entfernen lassen, die Außengastronomie schwächelt und der Verkehr fließt wieder recht ungehemmt durch die befreite Freiheit. Kontrollen sind eher selten und auch viele Radfahrer*innen scheren sich eher wenig um die in Fußgängerzonen geltende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 7 Km/h.

Kurzum: Mittlerweile hat sich ein Unzustand etabliert, der den Kritikern des Versuchs in die Hände spielt. Immer wieder kommt es zwischen den unterschiedlichen Nutzer*innen der eigentlich zu beruhigenden Zone zu Konflikten, Streitigkeiten und heftigen Auseinandersetzungen. Höchste Zeit einzugreifen, weshalb Anfang November eine gut besuchte Bürger*innenversammlung anberaumt wurde. Der Veranstaltung wohnten sowohl Kritiker*innen als auch Befürworter*innen einer autofreien Deutzer Freiheit bei, wobei auch die Befürworter*innen der Fußgängerzone die Durchsetzung des Verkehrsversuchs bemängelten. Fazit: So läuft es nicht rund, es muss dringend nachgesteuert werden. Des Weiteren wurden im Nachgang mehrere Fachgespräche und runde Tische organisiert, bei denen die unterschiedlichen Interessenvertreter*innen sich dialogbereit zeigten. Das war auch dringend nötig, da bei einigen Protagonist*innen mittlerweile die Nerven blank

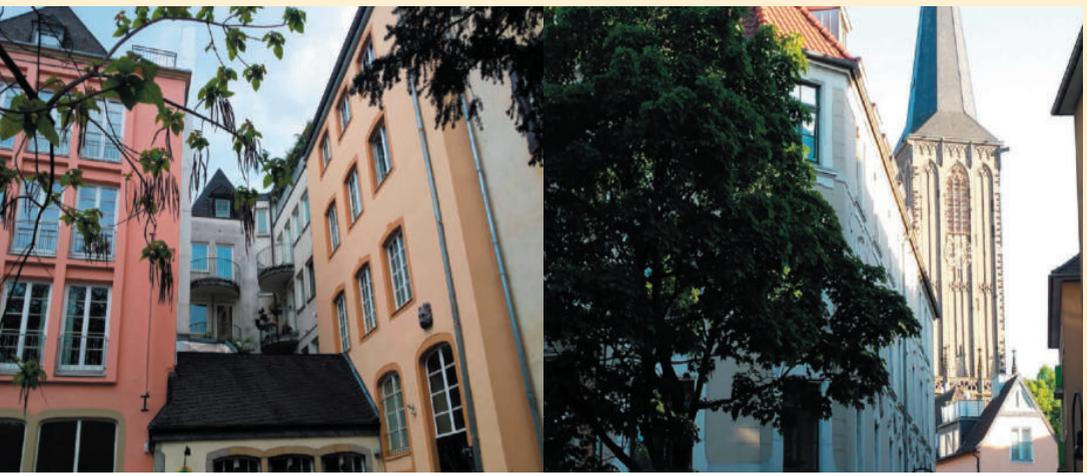


lagen und die Konflikte vor allem in den sogenannten sozialen Medien mit ziemlicher Heftigkeit ausgetragen wurden. Mehrfach wurde auch auf Betreiben der Einzelhandelsvertreter*innen auf der Freiheit demonstriert, es wurden Umsatzeinbußen beklagt und unmissverständlich die Wiederöffnung für den Autoverkehr gefordert. Da wir als Politik aber ein originäres Interesse daran haben, dass das Projekt erfolgreich weitergeführt und zu Ende gebracht wird, haben wir uns gegen den sofortigen Abbruch des Verkehrsversuchs gestellt, der über mehrere Bürgereingaben beantragt wurde.

26.1.2023

Nicht weniger als drei städtische Beigeordnete hatten ihre Teilnahme an der Januarsitzung der Bezirksvertretung Innenstadt abgesagt. Geladen waren die Dezernenten für Soziales, Bauen und Stadtentwicklung um sich über die „Dramatische Situation in den Häusern Im Ferkulum und Beethovenstraße“ mindestens mal zu informieren. Der Titel der aktuellen Stunde legt bereits nahe, dass es um den **Schutz von Mieter*innen** vor eklatanten Fehlentwicklungen gehen sollte. Wieder einmal. Wobei der Fall der alleinerziehenden Mutter, die mit ihrem neunjährigen Sohn inzwischen ziemlich verloren in einem kaputtsanierten Haus in der Südstadt leben muss, bereits überregional Schlagzeilen gemacht hatte.

Zuletzt sprachen Bürgermeister Hupke und Fraktionsvorsitzender Scheffer im Dezember auf einer Kundgebung, die die engagierte Nachbarschaft gemeinsam mit wohnungspolitischen Initiativen vor dem Haus in der Nähe des Chlodwigplatzes angemeldet hatte. Auch in der BV-Sitzung haben wir nochmal kritisch darauf hingewiesen, wie oft wir in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit legalen wie illegalen Entmietungen in der unmittelbaren Umgebung aktiv werden



mussten. Die Verdrängungen im Kartäuserwall, in der Trajanstraße oder der Karl-Korn-Straße waren offensichtlich nur die Spitze des Eisbergs. Obwohl 2020 eine soziale Erhaltungssatzung über dieses Veedel gelegt wurde, agieren einige Immobilienbesitzer inzwischen wie im wilden Westen. Wie diese Zustände zu befrieden seien, konnte Heike Kerscher als neue Leiterin des Wohnungsamtes nicht zufriedenstellend beantworten. Aber diese ist ja auch erst seit ein paar Tagen im Amt.

Am Rathenauplatz ist es nun die Stadt selbst, die über die Bauaufsicht die Bewohner*innen eines Hauses in der Beethovenstraße unmissverständlich aufgefordert hat, ihre Räumlichkeiten zu verlassen. Aufgrund einer fehlenden Baugenehmigung nach Landesbauordnung hat die Verwaltung die „formelle Illegalität“ von 20 Gewerbeeinheiten und Mietwohnungen festgestellt. Die Bewohner*innen wurden per Anhörungsbogen aufgefordert, die Nutzung ihrer Räumlichkeiten „dauerhaft und vollständig einzustellen“. Der amtliche Bescheid, der kurz vor Weihnachten (!) zugestellt wurde, endete mit dem zynischen Hinweis, dass „Sie sich für Fragen im Zusammenhang mit einem Wohnungswechsel an das Amt für Soziales und Senioren, Fachstelle Wohnen [...] wenden können“.

Während der zuständige Fachbereichsleiter sich in der BV-Sitzung hinter bauordnungsrechtlichen Aspekten und dem Gefahrenabwehrrecht verschanzte, nutzen einige der Mieter*innen und Gewerbetreibenden die aktuelle Stunde, um auf ihre prekäre Situation aufmerksam zu machen. Unmittelbare Abhilfe schaffen könnten die zuständige Hausverwaltung oder die betagte Eigentümerin; dies läge aber nicht im Wirkungs- oder Möglichkeitsbereich der Bewohner*innen. Die einigermaßen fassungslose Bezirksvertretung appellierte eindringlich an die zuständigen städtischen Stellen, alle zur Verfügung stehenden Spielräume zugunsten der Bewohnerschaft auszuloten und zur Anwendung zu bringen. In einer gemeinsamen



Resolution forderte sie eine konstruktive Lösung und „bittet die federführende Fachverwaltung mit allen anderen Dezernaten alles Mögliche zu tun, das weder Mieter noch Gewerbetreibende aus dem Haus ausziehen müssen“.

9.3.2023

Morgens früh halb zehn in Köln: Mehrere Aktivist*innen der „letzten Generation“ versuchen sich Zugang zum Büro der Oberbürgermeisterin zu verschaffen und erklimmen den Rathausbalkon am Alter Markt. Es gibt offenbar Redebedarf. Den haben auch mehrere Dutzend Kinder und Jugendliche, die am selben Nachmittag auf dem Rathausplatz protestieren. Gemeinsam mit Mitarbeitenden und Sympathisant*innen der **Alten Feuerwache** weisen sie auf die prekäre finanzielle Situation des Bürgerzentrums hin, auch die anerkannten pädagogischen Betreuungsangebote mit Jugendtreff sind mittelfristig nicht gesichert.

Im Unterschied zu den morgendlichen Eindringlingen wurden die Feuerwachenleute jedoch überaus freundlich in Empfang genommen – die BV Innenstadt hatte dafür eigens einen Tagesordnungspunkt anberaunt. Vorstand und Geschäftsführung nutzten die Gelegenheit, den Bezirksvertreter*innen das strukturelle Defizit zu erläutern, das seit einigen Jahren die Bilanzen belastet. Wächst die Finanzierungslücke weiter, kann der umfangreiche nachbarschaftliche, pädagogische und soziokulturelle Betrieb ab 2024 nicht mehr in der gewohnten Form aufrechterhalten werden. Trotz zahlreicher Eigenbemühungen wie Gebührenanpassungen, Energieeinsparungen oder einer Spendenkampagne, braucht es eine Einmalzahlung von etwa 150.000 Euro um planungssicher weiterarbeiten zu können. Zuletzt sind die Betriebskostenzuschüsse der Stadt Köln im Rahmen des Doppelhaushalts 23/24 um 10 Prozent angehoben worden. Damit



sind die meisten der **Kölner Bürgerhäuser und -zentren** in der Lage, ihre Ziel- und Leistungsvereinbarungen weitgehend zu erfüllen. Die Forderung nach zusätzlichen Mitteln von einmalig 700.000 für alle 14 Häuser zur Stärkung der Rücklagen, wurde jedoch von den haushaltstragenden Fraktionen abgelehnt. Das rächt sich jetzt. Vor diesem Hintergrund machte die BV Innenstadt von ihrem Anregungsrecht Gebrauch und fasste einen einstimmigen Dringlichkeitsbeschluss: Die Oberbürgermeisterin wird demnach gebeten, die auskömmliche Finanzierung sowie die Stärkung der Rücklagen sicher zu stellen. Die Unterdeckung der Personalkosten soll aufgefangen, die anderen Bürgerhäuser und -zentren analog berücksichtigt werden. Ob die entscheidenden Gremien wie Sozial- und Finanzausschuss unserem Impuls-Appell allerdings folgen werden, ist fraglich. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Teile von Politik und Verwaltung die Bürgerhäuser für ausreichend und üppig alimentiert halten. Folgerichtig sollten markt- und betriebswirtschaftliche Kriterien konsequent zur Anwendung gebracht werden. Aber die institutionelle Förderung ist eben nicht alles...

30.3.2023

Die heutige Sondersitzung sollte in vielerlei Hinsicht eine historische werden: Nie zuvor und nie mehr wieder kamen so viele interessierte Bürger*innen zu einer BV-Sitzung, der Ratssaal war bis auf den letzten Platz belegt. Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dass zum **Gedenken an den Völkermord an den Armeniern** während des Ersten Weltkriegs die Statue „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ auf der Hohenzollernbrücke aufgestellt werden darf. Seit fünf Jahren wurde dieses Kunstwerk immer wieder in den Schatten des Reiterstandbildes von Kaiser Wilhelm II gestellt, um regelmäßig von den Ordnungsbehörden wieder abgeräumt zu werden. Insbesondere die Initiative „Völkermord erinnern“ hat seitdem nicht nachgelassen, in



Politik und Gesellschaft für ein ehrendes Gedenken an die Opfer zu wirken. Die BV1 hat sich im Rahmen von Fachgesprächen und umfangreichen Dialogen für einen nachvollziehbaren, akkurat und sensibel ausformulierten Beschluss verständigt, der den Weg für weitergehende Gedenkformate ebnen sollte: „Um der Bedeutung des Anliegens gerecht zu werden bitten wir die Stadtverwaltung, unter Beteiligung der relevanten Akteur*innen und Gremien einen Dialog- und Findungsprozess zu konzeptionieren mit dem Ziel, eine zeitgemäße, angemessene Form des Erinnerns an den Genozid an den Armeniern und der Beteiligung und Verantwortung Deutschlands im Bereich der Kölner Innenstadt zu finden, und dem Rat der Stadt Köln vorzuschlagen. Der Rat der Stadt Köln mit den entsprechenden Ausschüssen muss sowohl in der Gestaltung als auch bezüglich des Ortes einbezogen werden.“ [...]. Tatsächlich hat sich der Rat der Stadt Köln im Juni unserem Beschluss angeschlossen. Ungeachtet dessen wurde die politische Willensbildung seitens der Verwaltung neuerlich ignoriert und die bewilligte Aufstellung im Juli ordnungsbehördlich ein weiteres Mal beendet.

27.4.2023

„Es hat negative städtebauliche Konsequenzen, wenn man eine Erhaltungssatzung nicht erlässt.“ Zu dieser deutlichen Einschätzung gelangte der Gutachter eines Hamburger Instituts auf einem Fachgespräch Ende April, in welchem es um die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung in der Innenstadt ging. Leider beinhaltete das vorgelegte Gutachten eine andere Schlussfolgerung und empfahl der Stadt Köln, den **Aufstellungsbeschluss für das Gebiet Neustadt Süd-West** nicht zu fassen. Das ist wirklich nicht zu fassen, da die durchgeführte stadträumliche Untersuchung unmissverständlich konstatiert, dass es für Milieuschutz ungefähr zehn Jahre zu spät sei. Dazu muss man wissen, dass sich die Bürgergemeinschaft



Rathenauplatz seit bald 20 Jahren für eine dringend notwendige Erhaltungssatzung einsetzt, die BV Innenstadt hat bereits 2018 und 2019 entsprechende Beschlüsse gefasst. Und der Beschluss des Rates, wonach „das Instrument Erhaltungssatzung vermehrt zu nutzen“ sei, ist mittlerweile auch schon bald zehn Jahre alt (11.2.2014). Obwohl der Gesetzgeber dazu keine klaren Vorgaben gemacht hat, hat es sich in der Praxis etabliert, dass mindestens drei Kriterien erfüllt sein müssen, um eine Satzung zu erlassen. Die nun diskutierte Studie räumt zweifelsfrei ein, dass in dem untersuchten Gebiet **Aufwertungs- und Verdrängungspotentiale** schlummern. Für einen konkreten Verdrängungsdruck allerdings, konnten angeblich nicht ausreichend objektivierbare und nachvollziehbare Fakten zusammengetragen werden. Dies wird von allen Fraktionen in der BV Innenstadt in Zweifel gezogen, die die angewandte Methodik kritisierten. So wurden die Haushaltsbefragungen pandemiebedingt nicht persönlich durchgeführt, rund 70 Prozent der ansässigen Haushalte konnten – oder wollten – keine Rückmeldung geben und auf eine mehrsprachige Befragung wurde komplett verzichtet. Selbst wenn die Diagnostik noch einigermaßen schlüssig erscheint, schaut es im Bereich der Prognostik gänzlich anders aus. Michael Scheffer fasste es in der BV-Sitzung Ende April wie folgt zusammen: „In zehn Jahren werden wir gefragt werden, warum wir so verrückt gewesen sind, im Jahre 2023 *keinen* Aufstellungsbeschluss gefasst zu haben...“

Weiterhin machte der Fraktionsvorsitzende deutlich, dass Die Linke es sich schlicht nicht erlauben könne, *gegen* eine Milieuschutzsatzung zu stimmen, was insbesondere auch für die betroffenen Bezirke Nippes, Mülheim, Kalk und Ehrenfeld gelte. Konsequenterweise sei überdies eine Art Beweislastumkehr: Die Verwaltung müsste – dem Beschluss des Rates folgend – eigentlich stadtweite sozialräumliche Untersuchungen vornehmen lassen und ihrerseits den Gremien Vorschläge machen,



wo Handlungsbedarfe bestehen und zu schaffende Milieuschutzgebiete identifiziert werden können. Dafür fehlt natürlich Geld, Personal und der politische Wille des sogenannten Gestaltungsbündnisses. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass im Rahmen des vor zwei Jahren in Kraft getretenen Baulandmobilisierungsgesetzes, Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten wieder in die Lage versetzt werden (könnten), sogenannte **Umwandlungsverbote von Miet- in Eigentumswohnungen** zu erlassen. Dies könnte insbesondere in Milieuschutzgebieten zum Tragen kommen; die schwarz-gelbe Landesregierung hatte eine ähnliche Regelung im Jahr 2020 trotz erheblicher Kritik von Mieterverbänden, dem Deutschen Städtetag und anderen auslaufen lassen. Aller negativen städtebaulichen Folgen zum Trotz. Fazit: Die BV Innenstadt hat einen Tag nach dem oben zusammengefassten Fachgespräch am 27. April 2023 den einstimmigen Beschluss gefasst, dem Stadtentwicklungsausschuss zu empfehlen, dass die sozialräumliche Befragung wiederholt werden solle.

25.5.2023

Früher gab es dafür sogenannte Fleißkärtchen, heuer vielleicht Karmapunkte: Sechs linke sowie gemeinsame Anträge wurden heute mehrheitlich beschlossen. Dabei ging es um Verbesserungen bei der Vergabe der **Stadtlima- und Stadtverschönerungsmittel**, um einen Behindertenparkplatz vor der Alten Feuerwache und eine Abstellzone für E-Roller auf dem Auenweg, um ein autofreies Portal vor der Trinitatiskirche und die Zulassung von Jugendvertreter*innen zu Sitzungen der BV Innenstadt sowie den Planungsvorgaben zum Umbau von Lützow- und Lindenstraße. That's Bezirkspolitik!

19.10.2023

Kleinklein ist das tägliche Brot des Bezirksvertretenden. In der heutigen Sitzung



haben wir uns beispielhaft mit der Anpassung der umgesetzten verkehrlichen Maßnahmen und der Umsetzung weiterer Maßnahmen auf der Eburonenstraße, dem Radparken im Umfeld von Grund- und weiterführenden Schulen, Entsiegelungen im Bereich der Kölner Ringe zwischen Barbarossaplatz und Ebertplatz sowie der Installation von versenkbaren Pollern am Eigelstein befasst. Das ist allemal unspektakulär und will hier nicht episch erläutert werden.

23.11.2023

Im Herbst wurde Gunda Wienke zur Fraktionsvorsitzenden gewählt und hat die Arbeit der Linken in der BV1 bis zu ihrem Ausscheiden im September 2024 federführend voran gebracht. Leider wurden in dieser Zeit keine Berichte oder Artikel verfasst, weshalb keine schriftlichen Aufzeichnungen über die 23. bis 27. Sitzung vorliegen. Wer sich für Vorlagen und Beschlüsse, Anfragen und Anträge aus dieser Zeit interessiert, kann das aber im Ratsinformationssystem chronologisch nachvollziehen: <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/stadtbezirke/innenstadt/tagesordnungen-und-niederschriften>

5.9.2024

Nachdem die BV Innenstadt vor vier Jahren den Eigelstein zur Fahrradstraße umgewidmet hatte, soll fortan eine Fußgängerzone eingerichtet werden. Die BV folgt damit einer Bürgereingabe, die deutlichen Optimierungsbedarf identifiziert hat um die Verkehre besser abzuwickeln. Langfristige Beobachtungen haben gezeigt, dass zu Fuß Gehende seit der Herausnahme des Kfz-Verkehrs deutlich häufiger die (niveaugleiche) Fahrbahn mitnutzten, was immer wieder zu Konflikten mit Fahrradfahrenden geführt hat. Diese sind zukünftig angehalten, sich in diesem Bereich in angepasster und angemessener Geschwindigkeit zu bewegen, was



den Komfort und die Sicherheit für die Fußgänger*innen erhöhen soll. Mehr Rücksichtnahme wäre angesagt, dann wird ein Schuh draus.

Neu in der Linksfraktion ist ab Oktober Hubert Alflen, der zu Beginn der Sitzung von Bezirksbürgermeister Andreas Hupke feierlich in sein Amt eingeführt wird. Hubert wurde vor drei Jahren in die Seniorenvertretung Innenstadt gewählt und rückt nun für Gunda Wienke nach, die Köln verlassen hat. Wir freuen uns auf gute Zusammenarbeit.

7.11.2024

Die Bezirksvertretung Innenstadt hat sich in ihrer jüngsten Sitzung mit einigen hochkarätigen Vorlagen befasst und die Weichen für einige zukunftsweisende Projekte, die den Bezirk tangieren, gestellt. So soll nach einhundert Jahren nunmehr im Rahmen des **Stadtentwicklungsprojektes „Parkstadt Süd“** zwischen der Luxemburger Straße und dem Rheinufer der Innere Grüngürtel vollendet werden. Mit den konkretisierenden Planungsbeschlüssen für die Bereiche am Eifelwall sowie einem weiteren ca. 32,5 ha großen Areal, das bis zur Südbrücke reicht, wird die Idee des innenstadtnahen Grünbandes entlang der ehemaligen Stadtbefestigung realisiert. Auf der anderen Rheinseite geht nun auch der Lückenschluss zwischen Rheinboulevard und dem weiter nördlich gelegenen Rheinpark in die weitere Planung. Die bislang ungebundenen und schotterigen Wegebeziehungen im Uferbereich in Höhe der Messe sollen umfassend hochwertig gepflastert werden und somit auch eine barrierefreie Erschließung der kulturellen Ziele Tanzbrunnen, Rheinpark und Staatenhaus/Oper ermöglichen. Flankiert durch weitere Begrünungsmaßnahmen werden lokale wie überregionale Fuß- und Fahrradverkehre zukünftig komfortabler rechtsrheinisch geführt.

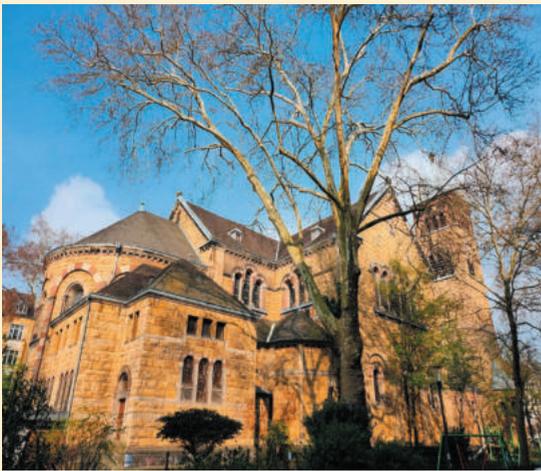


5.12.2024

Nachdem die BV Innenstadt bereits in den Jahren 2018 und 2021 die prinzipielle Notwendigkeit einer Milieuschutzsatzung für Teile des Stadtteils Deutz festgestellt und mehrheitlich beschlossen hatte, wurden in der Dezembersitzung konkrete Maßnahmen zur Realisierung beschlossen: Ein gemeinsam von Linken, Grünen und SPD eingebrachter Antrag fordert die **Aufstellung einer Schutzsatzung** noch in dieser Ratsperiode; der Impuls dafür ging von den beteiligten Ortsverbänden und –Vereinen aus, die damit der aktuellen und sich verschärfenden Situation am Kölner Wohnungsmarkt begegnen wollen. Initiiert werden soll der Prozess u.a. durch eine Bürger*innenversammlung, auf welcher die sich durch aktuelle Entwicklungen (Campus TH Köln, Deutzer Hafen, Messe City Köln) weiter verschärfende Situation auf dem Wohnungsmarkt von Fachleuten dargestellt werden soll. Bekanntermaßen hat das grün-schwarze Ratsbündnis lediglich vier Satzungsgebiete stadtweit in Aussicht gestellt, die bis Ende der Ratsperiode ausgewiesen werden sollen. Das ist nicht wirklich viel und mit Ehrenfeld-Ost und Mülheim-Süd wurden bislang auch erst Aufstellungsbeschlüsse realisiert. Es steht zu erwarten, dass Teile von Nippes hinzukommen, wo sich der linke Ortsverband gemeinsam mit Mieter*innen und Nachbarschaftsinitiativen vehement für eine Erhaltungssatzung engagiert hat. Die BV Nippes ist dem gefolgt und hat einen politischen Beschluss erwirkt. Käme nun Deutz noch hinzu, wäre wenigstens das Minimalziel erreicht. Nicht mehr und nicht weniger.

30.1.2025

Evident unzureichend - auf diese kurze Formel lassen sich die Maßnahmen der Stadt Köln zur Beruhigung der **Situation am Brüsseler Platz** zusammenfassen. Zumindest in der Lesart des Oberverwaltungsgerichts Münster, das im September



2023 fünf Anwohnern recht gegeben hat, die auf Einhaltung der Nachtruhe geklagt hatten. Eine Beschwerde der Stadt gegen das Urteil wurde abgewiesen, die Revision ist nicht zulässig, somit besteht Handlungsbedarf. „Wir sagen Ihnen nicht, was Sie zu tun haben. Aber wir sagen Ihnen, dass sie etwas zu tun haben“ hieß es in der semi-salomonischen Urteilsbegründung des OVG. Richten soll es nun ein **Verweilverbot**, dass die Stadt per Allgemeinverfügung kurzfristig erlassen wird. Dieses Instrument, welches während der Corona-Pandemie bereits erfolgreich zur Anwendung gebracht wurde, unterbindet quasi jedweden Aufenthalt zwischen 22 und 6 Uhr. Eine drastische Maßnahme, die nun den Mitgliedern der BV Innenstadt sowie den Anwohner*innen im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 28. Januar vorgestellt wurde. Zweifellos keine einfache Aufgabe, der sich der neue Leiter des Ordnungsamtes in der prall gefüllten Kirche St. Michael zu stellen hatte.

Ralf Mayer legte die Messlatte gleich in seiner Eingangserklärung erstmal nach ganz oben, indem er die Grundrechtsabwägung erläuterte, in welcher höchstrichterlich entschieden wurde: Der Schutz der Gesundheit durch Gewährleistung der Nachtruhe geht anderen Interessen und Rechtsgütern (Freizügigkeit und Berufsausübung der Außengastronomie vor). Anschließend legte er aktuelle Schallmessungen (Dezember 2024) vor und verwies auf die bald zwanzigjährige Geschichte des Konflikts. Tatsächlich geht die Anziehungskraft des Brüsseler Platzes auf den Weltjugendtag 2005 zurück, als anlässlich des Papstbesuches nächtelang beglückte Jugendliche dieses Kleinod für sich entdeckten („Benedetto...“).

Auch wenn Köln-Tourismus inzwischen keine Reiseempfehlung für diesen Veedelsplatz mehr ausspricht, erfreut er sich doch insbesondere an wärmeren Abenden nach wie vor großer überregionaler Beliebtheit. Die Crux ist, dass es sich



dabei zum überwiegenden Teil um entspannte, zivilisierte und nicht unsympathische Besucher*innen handelt, die i.d.R. nicht auf Krawall gebürstet sind und einfach keine Böcke haben, sich im Zülpicher Viertel oder gar auf den Ringen zu treffen. Das wurde auch in zahlreichen Diskussionsbeiträgen deutlich, wo insbesondere Anwohnende darauf verwiesen, dass diese Leute Räume brauchen (öffentlich und unkommerziell) und Teil eines sich wandelnden urbanen Freizeitverhaltens seien. Irgendwo müssen sie hin und der Vorschlag des Diakons, die Kirche St. Michael – immerhin die drittgrößte in Köln - sehr gerne für diese zu öffnen, wird noch zu diskutieren sein.

In der überaus hitzig geführten Debatte wurde zunehmend deutlich, dass ein Verweilverbot nebst Umsetzung eigentlich nicht gewünscht sind und die Komplettsperrung, die das OVG als Ultima Ratio vorgeschlagen hat, schon mal gar nicht. Das Ordnungsamt verwies auf die zahlreichen Bemühungen der Vergangenheit, die stets fruchtlos geblieben sind (Räumungen, Planungswshops, Bürgerversammlungen). Ich selber kann mich daran erinnern, wie vor vielen Jahren mal die Lichter ausgeknipst wurden, um die Aufenthaltsqualität einzuschränken. Aber natürlich hatten die jungen Leute damals schon LED und Taschenlampen. Als man dann umgekehrt mit riesigen Scheinwerfern Ungemütlichkeit erzeugte, wurden die Sonnenbrillen gezückt. Als die Straßenreinigung der AWB um Null Uhr feuchten Kehraus machte, wurden die Gummistiefel übergestülpt. Letztlich war auch die gezielte Ansprache niemals richtig erfolgreich. Apropos Sprache: Nicht der einzelne Besucher ist das Problem, sondern die Potenzierung der Unterhaltungen mehrerer Menschen, welche die ordnungsrechtliche und schallimmissionsrelevante Störung ausmacht: Erst in der Summe bilden die völlig legitimen Verhaltensweisen des Einzelnen eine Lärmbelästigung (>60 Db), die das ganze juristisch problematisch macht und den Ordnungsbehörden nun keinerlei Spielraum mehr lässt. Zwar



kündigte das Amt weitere **Kommunikation, Analyse und Bewertung** sowie Platzumgestaltungen inklusive Öffentlichkeitsbeteiligung an, aber zunächst müsse nun Vollzug erfolgen. Wenig amused zeigten sich erwartungsgemäß die Außengastronomen, die demnächst bereits um 22 Uhr schließen sollen. Diese haben bislang verlässlich mit den Behörden kooperiert, waren verlässlicher Teil der Strategien der letzten Jahre. Insofern ist es nur recht, dass die Stadt hier umfangreiche Kompensationen und Kulanzregelungen in Aussicht stellt. Vor dem Hintergrund der Präzedenzwirkung wird das ganze Verfahren zu beobachten und zu evaluieren sein, auch werden entsprechende politische Anträge im kommenden Kommunalwahlkampf wohl nicht ausbleiben. Käme man hier zu einer verträglichen Lösung, hätte das bundesweite Ausstrahlungskraft.

20.3.2025

Die BV Innenstadt hat auf ihrer jüngsten Sitzung die Planungsbeschlüsse für die externe Beauftragung der Planung einer **Rad- und Gehwegbrücke über den Rhein** an der Bastei sowie am Ubierring bewilligt. Aufgrund der großen verkehrlichen wie stadtgestalterischen Bedeutung der Verbindung des links- und rechtsrheinischen Köln, begrüßen wir diese Entscheidung. Auch wenn die geplanten Kosten mit rund 80 Millionen Euro (Bastei) und 90 Millionen Euro (Ubierring) wahrlich kein Schnäppchen darstellen. Im Unterschied zu den bestehenden acht Rheinbrücken werden die beiden neuen Trassen ausschließlich für den Rad- und Fußverkehr konzipiert, weshalb diese in der Diskussion der letzten Jahre auch als „Umweltbrücken“ bezeichnet wurden. Wer eine konsequente Förderung des Umstiegs auf klimaschonende Verkehrsmittel verfolgt, muss zukünftig auf nachhaltige und klimafreundlich Strecken setzen. Die nördliche Brücke beginnt am Theodor-Heuss-Park und der Rheinuferstraße und endet im Rheinpark.



Dabei wird darauf zu achten sein, dass sich insbesondere die Rampenbauwerke sensibel in das Landschaftsschutzgebiet einfügen werden. Die südliche Brücke stellt quasi den Lückenschluss dar, zwischen der linksrheinischen Vollendung des Inneren Grüngürtels am Rheinauhafen und dem neu zu schaffenden Wohn- und Arbeitsquartier Deutzer Hafen. Sicherlich wäre es naheliegend, die vorhandene Südbrücke ausreichend zu ertüchtigen und zu sanieren, aber die diesbezüglichen Planungen seitens der Deutschen Bahn AG lassen bekanntlich auf sich warten. Dass man tunlichst nicht mehr allzu viel Zeit verlieren sollte, darauf verweist auch die Beschlussvorlage: „Gerade angesichts des Sanierungsbedarfs und der damit verbundenen Nutzungseinschränkungen der Rheinbrücken und der daraus erwachsenden Konsequenzen für die lokalen und regionalen Verkehrsflüsse, ist das Zusammenwachsen des Rechts- und Linksrheinischen ein wichtiges Ziel“ Und weiter: „Dazu ist die Querung des Rheins für den Fuß- und Radverkehr zu verbessern. Neben der Nachrüstung der vorhandenen Brücken sind der Bau von neuen Rad- und Gehwegbrücken konkret benannt.“

8.5.2025

50 Jahre Bezirksvertretungen: Da Veränderung bekanntlich von unten beginnt, muss eine Stärkung der Kommunen zwingend mit der Stärkung der Bezirke einhergehen. Diese gab es bis vor 50 Jahren noch nicht, sie waren ein unmittelbares Produkt der NRW-Gebietsreform von 1974 und wurden im Jahr darauf erstmals demokratisch gewählt. Um die Effektivität der Verwaltungen zu erhöhen wurden seinerzeit Gemeinden und Landkreise in erheblichem Umfang reduziert und zusammengelegt. Kettwig wurde nach Essen eingemeindet, Wattenscheid nach Bochum und Porz und Rodenkirchen nach Köln. Dies ging mit dem Verlust an Ratsmandaten und somit den Möglichkeiten politischer Mitwirkung vor Ort einher.



Um diesen Verlust von Bürgernähe ausgleichen, wurden die kreisfreien Städte und Gemeinden verpflichtet, Bezirksvertretungen einzurichten. Gleichwohl gaben die damals in der Gemeindeordnung NRW geregelten rechtlichen Grundlagen den neuen Gremien nicht allzu viele Entscheidungsbefugnisse mit auf den Weg. Im Prinzip ist es bis heute beim Anhörungsrecht, beim Anregungsrecht (an den Rat) sowie dem Entscheidungsrecht für ausschließlich bezirkliche Angelegenheiten geblieben. Dennoch bilden die BVen heute das, was Innenstadt-Bürgermeister Andreas Hupke gerne als „Herzkammer der Demokratie“ bezeichnet, da bezirkliches Engagement i.d.R. auch unmittelbare Nähe zu den Bürger*innen bedeutet.

Anlässlich des Jubiläums lud Oberbürgermeisterin Reker am 9. Mai amtierende wie langgediente Bezirksvertreter*innen zu einem Empfang ins Rathaus der Stadt Köln ein. Die Lobreden der OB wie einiger BBM waren durch prägnante Kürze gekennzeichnet; Höhepunkt der Abend war denn der Kölner Hinterhofchor, der sichtlich Freude daran hatte, in dieser feierlichen Ambiente einige Nummern zum Besten zu geben. Zum anschließenden Schmaus kamen dann auch einige ehemalige, amtierende und kommende linke Bezirksvertreter*innen zusammen (v.l.n.r.): Lilo Heinrich, Albert Töws, Zara Atamtürk, Berndt Petri, Ulrike Detjen, Christoph Besser, Isis Faßbender, HP Fischer, Hubert Alflen und Michael Scheffer.

26.6.2025

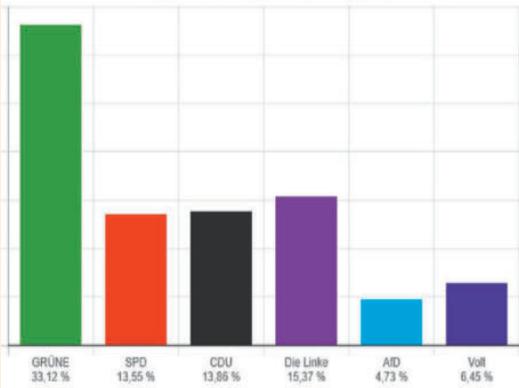
Kennzeichnend für diese Sitzung waren zwei verkehrliche Weichenstellungen in der nördlichen Innenstadt: Im Sinne der Weiterentwicklung unserer Beschlüsse zum autofreien Eigelstein (siehe 11.3.2021) haben wir einer Vorlage zugestimmt, die die seit gut drei Jahren bestehende Fahrradstraße in eine vollwertige Fußgängerzone umwidmen wollte. Der derzeitige Zustand scheint nicht richtig zu funktionieren: Die



Enge der Straße, die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen und nicht zuletzt die Rücksichtslosigkeit mancher Zweiradfahrer*innen deuteten Handlungsbedarf an. Mehrheitlich hat sich die Bezirksvertretung nunmehr für die Beibehaltung des Status Quo ausgesprochen und punktuelle Verbesserungen eingefordert.

Gleichwohl mehrheitlich beschlossen wurde die sogenannte Südvariante, die eine Änderung der **Verkehrsführung um den Ebertplatz** vorsieht. Im Zuge der Vorqualifizierung wurde eine umfangreiche Verkehrsuntersuchung durchgeführt, welche die verkehrlichen Rahmenbedingungen für eine zukünftige Platzgestaltung definiert. Die Empfehlung der Verwaltung sieht eine Bündelung im Bereich nördlich des Eigelsteins vor, um gleichzeitig die Platzseite an der Neusser Straße zu verkehrsberuhigen. Die Gutachten zur Gesamtentwicklung des Platzes werden davon nicht tangiert; die diesbezüglichen Gutachten stehen noch aus und werden voraussichtlich im 4. Quartal 2025 vorliegen und zu diskutieren sein. Begonnen hatte die Sitzung mit der kurzfristig anberaumten Wahl der grünen Fraktionsvorsitzenden Julie Cazier zur ersten stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin. Diese Nachwahl wurde nötig, nachdem Antje Kosubek (auch Grüne) überraschend von diesem Amt zurückgetreten ist, auch hat sie ihr Mandat in der Bezirksvertretung niederlegt und den Austritt aus ihrer Partei verkündet. Zehn Jahre lang hatten wir fraktionsübergreifend gut mit ihr zusammenarbeiten dürfen, wofür wir außerordentlich dankbar sind und entsprechend Respekt zollen wollen. Dieser Rücktritt steht mutmaßlich in Zusammenhang mit erheblichen Erosionserscheinungen innerhalb der Grünen. Zwischenzeitlich hat auch BBM Andreas Hupke angekündigt, die Partei, der er „seit Menschengedenken“ angehört zu verlassen. Hintergrund ist die neuerliche Kandidatur zur BV1 mit einem eigenen Wahlbündnis. Darüber wird zu reden sein.

Stadt Köln - Innenstadt
Wahl der Bezirksvertretung 14.09.2025



Nachtrag, 14.9.2025

Bei der Kommunalwahl 2025 konnte die Linke 15,34 Prozent bei der Wahl für die Bezirksvertretung Innenstadt erzielen, in die wir nunmehr als zweitstärkste Fraktion einziehen dürfen. Das ist großartiges Wahlergebnis, da kommt schon Freude auf, insbesondere über die Wahl von Hajra Munir-Khawaja und Friederike Stolle, die erstmals in die BV1 gewählt wurden. In die Dankbarkeit gegenüber den Wähler*innen und Wahlkämpfer*innen mischt sich indes auch Demut; das volle Bewusstsein für die hohe Verantwortung und die gestiegene Erwartungshaltung, die damit einhergehen. Aber gewiss werden wir was draus machen. Danke an unsere Mitstreiter*innen, die sich in den letzten Jahren in zähen Ausschuss- und Gremiensitzungen den Allerwertesten platt gesessen, dezimeterdicke Vorlagen gelesen, Eingaben, Anfragen und Anträge formuliert und immer ein offenes Ohr bemüht haben – mit langem Atem und der Inbrunst der Überzeugung.

*“Wir kämpfen für ein Köln, dem jede*r ein Recht auf eine bezahlbare Wohnung, eine gute Anbindung an Bus und Bahn, gute Bildung und ein zuverlässiges Gesundheitswesen hat. Wir kämpfen für die Menschen, die im Einzelhandel oder in der Pflege für viel zu wenig Geld unverzichtbare Arbeit machen und für die, die bei Ford um ihre Jobs fürchteln, genauso wie für die, die Angehörige pflegen oder Kinder erziehen.” (aus dem Kommunalwahlprogramm 2025)*

Kontakt + ViSdP:
Die Linke in der Bezirksvertretung Innenstadt
Bezirksrathaus Innenstadt
Ludwigstr. 8
50667 Köln
bv1@die-linke-koeln.de